

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal inkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Urbanstr. 68 I.

Inserate  
pro dreizehntägiger Zeile 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf.; Bekanntmachungsanzeigen z. B. 20 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen.

Nr. 8.

Berlin, den 18. Februar 1917.

33. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Fragebogen für die Tarifstatistik ersuchen wir, soweit das nicht bereits geschehen ist, nun sofort, spätestens bis zum 1. März, an uns einzusenden. Der Verbandsvorstand.

## Die deutsche Kartonnagenindustrie im Jahre 1916.

II.

In Anstadt war der Geschäftsgang ein besserer als im Vorjahre und die Kundschaft hat „die erhöhten Preise infolge der schwierigen Verhältnisse ohne weiteres bewilligt“.

Dagegen wird aus München über ungünstigen Geschäftsgang während des Berichtsjahres geflagt. Wenn die Kartonnagenfabrikanten zurzeit, soll wohl heißen: zum Schlusse des Jahres, noch mit Aufträgen versehen sind, so dürfte das auf die Verbraucher zurückzuführen sein, die sich mit Vorrat versehen.

Von den Stuttgarter Betrieben waren die, welche für Seereslieferungen in Betracht kamen, gut, zum Teil glänzend beschäftigt, besonders auch die für Zigarettenschachteln, die als mittelbare Seereslieferanten zu zählen sind, weil durch den Seeresbedarf weit größere Kosten als in Friedenszeiten an solchen Schachteln gebraucht wurden. Große Zunahme erfuhr die Herstellung von Patronenschachteln. Anders dagegen lagen die Verhältnisse für diejenigen Kartonnagenfabriken, die vorzugsweise für Toiletwarenfabriken und Schuhwarenfabriken arbeiteten, deren Aufträge bedeutend zurückgegangen sein sollen.

Soweit die Uebersicht, welche die „Kartonnagen-Zeitung“ bis zum 27. Januar gegeben hat. Es ist möglich, daß noch weitere Berichte nachfolgen, obgleich die hauptsächlichsten Plätze darin berücksichtigt sind. Fehlen tut allerdings noch Sachsen, mit Ausnahme von Dresden, sowie Hannover, wo ja bekanntlich viele Kartonnagen hergestellt werden. Ueber Sachsen können wir unser eigenes Urteil hier anfügen, das sich auf die gelegentlichen Schilderungen unserer Bevollmächtigten gründet. Danach kann man wohl sagen, daß die sächsische Kartonnagenindustrie am härtesten vom Kriege betroffen wird, da sie mehr als die in anderen Gegenden auf den Auslandsmarkt angewiesen war bzw. dort ihre eingebürgertes Absatzgebiet hatte. Das gilt besonders für die Chemnitzer und Plauensche Gegend.

Aus den vorliegenden Uebersichten gewinnen wir im allgemeinen das Bild einer den Kriegsverhältnissen sich anpassenden Industrie. Ob die wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber im allgemeinen durch den Krieg eine bedeutende Verschlechterung erfahren hat, ist nicht daraus zu ersehen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Unternehmer nicht viel schlechter als in der Friedenszeit verdient haben, manche werden überhaupt keine Einbuße gehabt und manche andere sogar gehäufte Profite zu verzeichnen gehabt haben. Denn man braucht die immer wiederkehrenden Klagen über die hohen Materialpreise nicht gar zu trübselig zu nehmen, weil demgegenüber auch vielfach Kriegspreise gezahlt worden sind, wodurch die Mehrausgabe für Rohstoffe ausgeglichen, ja manchmal mehr als ausgeglichen wurde. Die wiederholte Anführung von den anstandslos durch die Kundschaft gezahlten höheren Preisen deutet darauf hin. Dabei wollen wir nicht die den Unternehmern durch den Krieg erwachsenen Schwierigkeiten unterschätzen, die

manches Ungemach und manche höhere Ausgabe mit sich brachten. Besonders ist die Lage jener Arbeitgeber sicher keine rosige, die große unbenutzte Räume zur Verfügung haben, denen ein kostspieliger Maschinenpark hohe Zinsen frisst, weil wegen Mangel an Personal die Räume und Maschinen nur zum Teil ausgenützt werden können.

Weit schlimmer ist jedoch die Lage der Arbeiterschaft. Gemiß werden die Löhne dort, wo die Beschäftigung eine gute war und daher Arbeitskräfte begehrter wurden, gestiegen sein, aber lange nicht in dem Maße, wie die Teuerungszulagen es erfordert hätten. Denn was an Teuerungszulagen von den Unternehmern zugestanden wurde bzw. ihnen abgerungen werden mußte, ist nicht gerade imponierend zu nennen. Da vieles Klagen aber insgesamt keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt, so unterlassen wir hier eine solche unnütze Uebung, sondern begnügen uns damit, den Kartonnagern dringend vor Augen zu halten, daß sie selbst die Hauptschuld daran tragen, wenn es nicht besser für sie steht, weil gar viele unter ihnen noch nicht dem wachsenden Aufschwung der Organisation gefolgt sind und noch abseits vom Verbands stehen.

Kartonnagenarbeiter und Kartonnagenarbeiterrinnen! Seht nach Kräften zur Stärkung unseres Verbandes beitragen, dann wird auch euch geholfen werden.

## Vom Abkehrschein.

Es empfiehlt sich für alle männlichen Arbeiter, bei Verlassen einer Stelle einen Abkehrschein vom Arbeitgeber zu verlangen, da sie sonst Gefahr laufen, anderswo nicht eingestellt zu werden, weil jeder Arbeitgeber sich strafbar macht, wenn er einen hilfsdienstpflichtigen Arbeiter ohne Abkehrschein einstellt. Da er nun aber nicht wissen kann, ob der bisherige Betrieb, in dem der sich um Arbeit bewerbende Arbeiter beschäftigt war, ein nicht hilfsdienstpflichtiger war, so wird er in den meisten Fällen einen Abkehrschein von dem neuen Arbeiter verlangen.

Jeder Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen beschäftigt, ist verpflichtet, ihm einen Abkehrschein auszustellen, wenn das Arbeitsverhältnis von des Arbeitgebers Seite oder mit seiner Zustimmung aufgelöst wird; es ist dabei gleichgültig, ob der Betrieb des Arbeitgebers zu den Hilfsbetrieben zählt oder nicht. Weigerung hat für den Arbeitgeber keine Bestrafung, aber Schadenersatzpflicht zur Folge. Der Arbeitgeber, der sich weigert, den Abkehrschein auszustellen, ist verpflichtet, den Hilfsdienstpflichtigen zu Arbeitsbedingungen weiter zu beschäftigen, die nicht ungünstiger sind als die bisherigen. Außerdem kann der Hilfsdienstpflichtige von dem Vorsitzenden des Ausschusses, der über Beschwerden wegen Verweigerung des Abkehrscheins entscheidet, eine schriftliche Auskunft darüber verlangen, ob der Betrieb, aus dem er ausgeschieden will, ein Hilfsdienstbetrieb im Sinne des Gesetzes ist. Verneint die Auskunft dies, so kann der Hilfsdienstpflichtige von jedem anderen Arbeitgeber sofort eingestellt werden, ohne daß letzterer sich strafbar macht. Der ordentlichen, durch das Gesetz geregelten Entscheidung über den Hilfsdienstcharakter des Betriebes greift dieser Vorbescheid nicht vor.

Pflicht des Arbeiters, der gegen die Verweigerung Beschwerde einlegt, ist es, bis zur Entscheidung der Beschwerde sein Beschäftigungsverhältnis im Betriebe fortzusetzen, es sei denn, daß ihm die Fortsetzung nach den Umständen des Falles nicht zugemutet werden kann (bei Mißhandlung, gröblicher Verleumdung, Gesundheitsbedrohung usw.). Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet auf Anruf durch den Arbeitgeber oder Arbeitnehmer der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses.

Der Abkehrschein muß auf einem besonderen Blatt, getrennt von den Arbeitspapieren des Hilfsdienstpflichtigen erteilt werden. Er muß Angaben enthalten über Name der Firma des Arbeitgebers oder der Organisation, Ort, Straße und Hausnummer der Beschäftigungsstelle, wo der Hilfsdienstpflichtige zuletzt tätig war, und über die Dauer der letzten Beschäftigung. Er ist ebenso wie die oben erwähnte Auskunft stempelfrei. Auch das Verfahren vor den verschiedenen Ausschüssen des Gesetzes und vor deren Vorsitzenden sowie vor der Zentralstelle beim Kriegsausschuss ist frei von Stempel- oder Gebührenbelastung.

## Kohlrüben, Wruken, Bodenkohlrabi, Steckrüben anstatt Kartoffeln.

Vom Kriegs-ernährungsamt geht uns folgender Aufruf mit der Bitte um weitest Verbreitung zu:

Das Wohl des Vaterlandes fordert gebieterisch mit unseren Kartoffelvorräten bis zur kommenden Frühkartoffelernte zu reichen und deshalb die Kartoffeln solange aufzusparen, als das vortreffliche Ersatzmittel, nämlich die Kohlrübe, für die menschliche Ernährung zu Gebote steht. In frischem Zustand kommt sie für diese Zwecke nur bis Ende März in Betracht, da sie später an Güte des Geschmacks wesentlich verliert.

Die außerordentlich schlechte Kartoffelernte des Jahres 1916 macht es erforderlich, auf Kohlrüben als Ersatz für Kartoffeln in großem Umfang zurückzugreifen, weshalb der Präsident des Kriegs-ernährungsamts die Anweisung ergehen läßt, daß im Hinblick auf die Unmöglichkeit, Kartoffeln in genügenden Mengen bis zum Beginn der nächsten Ernte heranzuschaffen, den Städten Kohlrüben, und zwar in der doppelten Menge des ausfallenden Kartoffelquantums zugewiesen werden. Es darf sich niemand sträuben, die Kohlrüben anstatt der Kartoffeln auf den Tisch zu bringen, und es muß unbedingt der Gefahr vorgebeugt werden, daß jetzt die vorhandenen geringen Kartoffelmengen verzehrt werden, denn nach Verbrauch derselben würde die Bevölkerung, lediglich auf den Genuß von Kohlrüben angewiesen sein. Die vorhandenen Kartoffelvorräte müssen daher durch Kohlrüben in möglichst weitem Umfang gestreckt werden. Dies kann dadurch geschehen, daß an Kartoffeln, soviel wie irgendmöglich, gespart wird und auf den Tisch Kohlrüben gerichtet kommen.

Aus Kohlrüben kann — vielfach sogar mit weniger Arbeit als bei Kartoffeln — eine große Zahl schmackhafter, beförmlicher und nahrhafter Gerichte bereitet werden. Auf das anliegende Merkblatt\*) über die Verwendung von Kohlrüben wird verwiesen. Für jede Hausfrau muß daher heute und für die nächste Zeit die Lösung gelten:

„Kohlrüben statt Kartoffeln“.

## Aus unserem Beruf.

**Arbeitslosenstatistik.** Für die Berichterstattung an das Statistische Amt, über den Umfang der Arbeitslosigkeit im Monat Januar haben die Verwaltungen der Zahlstellen in Weichen, W.-Gladbach, Kuhl und Straburg trotz erfolgter Mahnung die Berichtstarten nicht eingesandt. Diese 4 Zahlstellen mit zusammen 29 männlichen und 51 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschickten Ergebnis der Aufnahme nicht mit enthalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 111 Gauen und Zahlstellen mit zusammen 6375 männlichen und 11088 weiblichen, insgesamt also 16413 Mitgliedern, waren am Stichtage, dem 27. Januar, 50 männliche und 358 weibliche am Ort befindliche

\*) Dies Merkblatt kann vom Kriegs-ernährungsamt oder von den städtischen Volksernährungsämtern bezogen werden.

sonie 4 durchziehende, insgesamt also 412 Mitglieder arbeitlos.

Prozentual berechnet, kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 1,0, bei den weiblichen 3,3 und bei beiden zusammen 2,5 Arbeitslose. Gegenüber dem Vormonat, mit 2,5 Arbeitslosen auf 100 Mitglieder — 1,2 bei den männlichen und 3,1 bei den weiblichen —, ist bei den männlichen Mitgliedern eine geringe Abnahme, bei den weiblichen dagegen wieder eine Zunahme im Umfang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen.

Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung im Umfang der Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern vor und während der Dauer des Krieges:

Monat	Arbeitslose Mitglieder auf je 100 (am Ort u. auf der Heide befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder			
				1916			
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	
1916							
Januar	118	940	1058	1,9	8,9	6,3	12,8
Februar	128	988	1116	2,1	9,1	6,5	9,6
März	95	817	912	1,8	7,5	5,4	8,2
April	118	765	878	1,8	7,0	5,1	10,0
Mai	99	808	907	1,6	7,2	5,2	10,4
Juni	122	777	899	2,0	7,0	5,2	10,6
Juli	125	807	932	2,0	7,1	5,3	10,7
August	71	722	793	1,1	6,4	4,5	9,7
September	79	629	699	1,8	5,6	4,1	9,5
Oktober	78	584	662	1,3	5,2	3,9	8,4
November	75	441	516	1,3	3,9	3,0	7,4
Dezember	62	344	406	1,2	3,1	2,5	6,2
1917							
Januar	52	360	412	1,0	3,3	2,5	6,3

Wegen das drohende Tabakmonopol wendet sich die „Kartonnagen-Zeitung“ in Besprechung eines Artikels im „Feiler Lloyd“ unter dem Titel: „Ein deutsches Tabakmonopol in Sicht“. Die „Kartonnagen-Zeitung“ schließt sich im wesentlichen dem an, was die „Vereinigten Tabakzeitungen“ dazu geschrieben haben, die gegen das Monopol folgende Gründe anführen: Die Regierung nehme zu viel Rücksicht auf die Agrarier, in diesem Falle auf die Tabakpflanzer, und glaube ihre zukünftigen Milliarden aus den monopolisierten Industrien herauszuschöpfen zu können. Das dürfte aber als Verstummen sich erweisen, denn gerade die ungezügelter Kriegsmilliarden seien aus dem fast unererschöpflichen Vorrat der freien Volkswirtschaft geschöpft worden. Die „Kartonnagen-Zeitung“ fordert schon jetzt auf, mit der Zusammenstellung des nötigen Materials auch in den Hilfsberufen der Tabakindustrie zu beginnen, um mit dessen Hilfe Regierung und Volksvertretung davon zu überzeugen, daß die Einführung des Tabakmonopols viele blühende Hilfsberufe schwer schädigen würde.

Die Stellung der Arbeiterschaft läßt mit solchen Anschauungen nicht durchaus gleich. Sie wird sachlich zu prüfen haben, ob im allgemeinen und daher auch in ihrem Interesse die Einführung von Monopolen notwendig oder, je nachdem, schädlich ist. Vor allen Dingen ist bei der Einführung von Staatsmonopolen darauf zu sehen, daß die Freizügigkeit der Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Rechte dabei nicht unterbunden werden. Es wird kaum zu bestreiten sein, daß das Reich zur Deckung seiner ungeheuren Schulden und Zinsenlast zu Staatsmonopolen wird greifen müssen. Grundtägliche Bedenken brauchen die Arbeiterschaft nicht zu bestimmen, von vornherein einen ablehnenden Standpunkt einzunehmen.

Ist das sachliche Auseinandersetzen? In einer Leipziger Parteiverammlung nahm auch eine von uns sonst sehr geschätzte Kollegin das Wort und reklamierte die Buchbinder als Anhänger der Parteioption. Wir sind darin wesentlich anderer Ansicht, wollen aber darüber nicht mit der Kollegin streiten. Wohl aber wenden wir uns gegen eine andere Neuerung der Kollegin, die sie im weiteren Verlauf ihrer Rede nach der „Leipziger Volkszeitung“ machte und die da lautete:

„Wenn die Fraktionsmehrheit sagt: Das Vaterland ist in Gefahr, so fragt man sich: Warum verteidigen denn diese Leute das Vaterland nicht? Warum haben diese Leute nicht die Flinte auf den Buckel genommen?“

Soweit wie unser Verband bei dieser Fragestellung betroffen wird, bemerken wir, daß von unseren 28 männlichen Angestellten 7 augenblicklich im Wehrdienst sind, 2 weitere sind als beurlaubt entlassen und 1 ist bereits 1914 gefallen. Von den übrigen Angestellten hatten 10 bei Ausbruch des Krieges bereits das landwehrpflichtige Alter überschritten. Die weiteren 8 Angestellten sind entweder noch nicht ausgeschieden oder noch nicht eingezogen, und als unabkömmlich reklamiert ist von ihnen augenblicklich niemand.

Wie man sieht, haben sich „diese Leute“ nicht von der Pflicht der Vaterlandverteidigung gedrückt. Soweit sie über das dienstpflichtige Alter hinaus sind, verlangt das Gesetz diese Pflicht nicht, auch nicht die freiwillige Stellung von ihnen, in der Voraussetzung, daß über ein gewisses Alter hinaus der Körper den Anforderungen des Krieges nicht mehr gewachsen ist. Der bekannte Ausspruch Debells, wonach er noch mit 70 Jahren die Flinte auf den Buckel zu nehmen gewillt sei, wenn es gegen Rußland ginge, widerspricht dieser Erfahrung nicht. Fragt nur unsere Feldgrauen, die in den Schützengräben gelegen haben, wie schwer der heutige Kriegsdienst ist. Sie werden den christlichen Willen Debells achten, aber über seinen Vorsatz milde vergehend lächeln. Ja, Militärbehörden sind sogar einsichtig genug gewesen, reklamierte militärfähige Angestellte auf einige Zeit zurückzustellen, damit die notwendige gewerkschaftliche Arbeit verrichtet werden konnte. Wollen Mitglieder unseres Verbandes militärischer sein als die Militärbehörden und von jedem Anhänger der Fraktionsmehrheit verlangen, daß er die Flinte auf den Buckel nehme, ganz gleich, ob er wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, ganz gleich, wie alt er ist? Halten sie den geregelten Gang der Verbandsgeschäfte nicht für wichtig genug, um darauf Rücksicht zu nehmen, um für die aus dem Kriege zurückkehrenden vielen Tausende unserer Mitglieder ihre gewerkschaftliche Organisation aufrechtzuerhalten?

Manche „dieser Leute“ haben blühende Söhne im Felde, um deren Leben sie bangen und statt deren sie viel lieber ihre alten Knochen zu Markte getragen hätten.

Offentlich sind auch unsere Leipziger Kollegin diese Gründe nunmehr würdigen und einsehen, daß eine sachliche Auseinandersetzung ohne ihre verhängliche Fragestellung weit eher möglich ist. Da den Gewerkschaftsangehörten mit Vorliebe Mangel an Mut und Folgerichtigkeit vorgeworfen wird, hielten wir diese Ausführungen für angebracht.

Kaffe und Kohlenstoff beginnen ihre Wirkungen bereits auf die Beschäftigung unserer Kollegen auszuüben. In Hannover wird wegen Kohlenmangels bei König u. Ehardt nur von 7-9, bei Adler u. Krüske und Tidemeyer von 7-4 Uhr gearbeitet. Auch in Maschinenfabriken, wo eine größere Anzahl unserer Kolleginnen Unterhalt gefunden hat, mangelt es an Kohlen und Kohlenstoffen. „Offentlich machen unsere H-Boote schnelle und gute Arbeit, damit man endlich und wirklich auf Besserung der Verhältnisse hoffen darf“ — schreibt uns der Kollege, der uns obige Tatsachen mitteilte. Er hat damit das Richtige getroffen, denn trotz des Bedauerns über die Verknappung so vieler Werte durch die H-Boote werden sie sichere Friedensboten sein, als alle „Friedensbotschaften“ Wilsons, wenn es ihnen gelingt, England zum Frieden gezwungen zu machen.

Bibel-Ausstellung. Aus Anlaß der 400jährigen Jubelfeier der Reformation plant das Deutsche Buchgewerbemuseum zu Leipzig eine große Bibel-Ausstellung, die nicht nur die Luther-Bibel, sondern die Bibel in allen Sprachen der Welt zeigen soll. In den Sammlungen des Buchgewerbemuseums befindet sich bekanntlich auch eine 42zeilige Bibel Guttenbergs, sowie die ersten neuen deutschen Bibeln und eine Anzahl späterer Drucks, so daß eine interessante Ausstellung zustande kommen wird. Auch die neuesten Bibeln werden gezeigt werden.

Karl Klappenbach †. Nach über zweijährigem vangen Warten erhielten die Angehörigen unseres Kollegen Karl Klappenbach endlich Nachricht von seinem bereits im Oktober 1914 erfolgten Tod. Klappenbach war seit dem Jahre 1912 Angestellter der Zahlstelle Berlin. Bevor er zu diesem Amt vom Verbandsvorstand gewählt wurde, leitete er als Obmann längere Jahre die Kartonnagen. Als altzeit rühriger Kollege verstand er es, sich das Vertrauen seiner Kollegen zu erwerben.

Wegmalis sandten ihn diese daher als Delegierten zu den Verbandstagen. Klappenbach war einer der ersten Angestellten, die seit Kriegsausbruch einberufen wurden. Bereits am 5. Tage der Mobilmachung hatte er sich zu stellen. Nachdem er noch eine Zeitlang im Garnisonort verblieb, wurde er als Ersatz nach Belgien gebracht, allwo er aller Wahrscheinlichkeit bei der Heberichsübung im Ypernbogen einen allzeitigen Tod fand.

Bruno Sommer †. Auch dieser unser Kollege wurde ein Opfer des Weltkrieges. Er erlag am 2. Februar 1917 seinen erhaltenen schweren Verwundungen. Wenn es auch erst den Anschein hatte, als wenn er als körperlich kräftiger Kollege diese schweren Verlegungen überstehen würde, so sollte es doch nicht sein. Es erwies sich leider die Abnahme des rechten Beines als notwendig. Trotzdem er die Amputation glücklich überstanden hatte, erlitt er einige Tage darauf der Tod. Bis zu seiner Einberufung zum Wehrdienst im Mai 1915 war Sommer Leiter der Jugendabteilung der Zahlstelle Berlin. Als

solcher hat er es verstanden, sich durch sein freundliches Wesen die Herzen der Jugend zu erobern. In jeder Jahreszeit war er bereit, die Jugend hinauszuführen in die freie Natur, um den Körper zu stärken und zu neuem Schaffen zu kräftigen. Als sehr belebender Kollege war es ihm gegeben, die Jugend zu belehren und die rechten Wege zu weisen.

Die Jugend als auch die Verwaltung verliert in ihm nicht nur einen lieben Kollegen, sondern auch einen gern gesehenen Funktionär.

Korrespondenzen.

Vielefeld. Am 4. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Geißler schilderte in eingehender Weise die Vorgänge des letzten Quartals. Das Hauptaugenmerk war auf das Erlangen von Feuerzeugzulagen gerichtet. Wenn leider unsere berechtigten Wünsche von Seiten der Prinzipale nicht voll berücksichtigt wurden, so liegt das zum großen Teil auch an den Kollegen und Kolleginnen selber, weil sie den nötigen Ernst bei der Sache fehlten ließen. Bewilligt haben die Firmen K. Eilers, Wöppers, Dohse, Ziehm und Volkswacht; während letztere nach den Abmachungen des Buchdruckerverbandes sich richtet, gehen die anderen Firmen wöchentlich 1,25 bis 2,50 Mf. und außerdem die Firma K. Eilers noch eine Kinderzulage. Daß die Weisfirma Grundlach nicht zu den bewilligenden gehört, braucht nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht wunder zu nehmen. Außerdem sind in verschiedenen Betrieben noch freiwillig Zulagen gegeben worden, so daß im ganzen gesagt werden kann: unser Mißben ist nicht umsonst gewesen. — Der Mitgliederstand ist 66, wovon 20 weibliche sind. Zum Wehrdienst sind viele Mitglieder eingezogen; leider sind 15 unter ihnen, welche in fremder Erde begraben liegen und nicht mehr mit uns tätig sein können.

Nach dem Bericht des Kassierers Kollegen Brinckhoff bilanzierte die Hauptkasse in Einnahme und Ausgabe mit 832,50 Mf. — Für die Lokalfasse waren die Einnahmen mit dem Bestand vom vorigen Quartal 1418,82 Mf., die Ausgaben 351,66 Mf., so daß ein Bestand am Quartalschluß von 1067,16 Mf. vorhanden war. Aus der Lokalfasse wurden im letzten Quartal für Kriegserleichterung in der Volksfürsorge 15 Mf. verausgabt. Die Weihnachtspatete an unsere Kollegen im Felde sowie die Unterstützung an deren Angehörige erforderte eine Ausgabe für die Lokalfasse von 150 Mf. Außerdem wurden für diesen Zweck in verschiedenen Vereinen noch 45 Mf. aufgebracht. Unsere feldgrauen Kollegen da draußen mögen auch hieraus ersehen, daß die Dabeigebenen ihrer stets in Liebe gedenken. — Bei der Vorstandswahl wurde auf Antrag beschlossen, ihn in seiner bisherigen Zusammensetzung zu belassen. Zum Schluß gab Kollege Geißler noch einige Erläuterungen zum neuen Hilfsdienstgesetz.

Internationales.

Eine internationale gewerkschaftliche Konferenz in Aussicht? Wie der „Vorwärts“ vom 12. Februar der „Internationalen Konferenz“ entnimmt, soll Legien als internationaler Gewerkschaftssekretär auf Anregung der schwedischen gewerkschaftlichen Landeszentrale bei den skandinavischen Gewerkschaften angefragt haben, ob sie geneigt wären, sich auf einer internationalen Konferenz vertreten zu lassen. Die französischen, belgischen und deutschen Landeszentralen sollen bereits einer solchen Konferenz zugestimmt haben.

Wie unseren Lesern erinnerlich sein wird, war von Legien schon im Vorjahre zu einer solchen Konferenz eingeladen worden, die am 11. Dezember 1916 in Bern stattfinden sollte. Da jedoch die meisten Landeszentralen die Zweckmäßigkeit der Konferenz unter den damaligen Zeitverhältnissen verneinten und ihre Verschiebung bis auf eine günstigere Zeit befürworteten, so wurde von der Abhaltung Abstand genommen.

Die neue Wendung ist wohl auf die veränderte Stellungnahme der französischen Gewerkschaften zurückzuführen, die sich auf ihrem Weihnachtskongreß von den Delegierten der schweizerischen Landeszentrale dazu bewegen ließen, sich zu einer internationalen gewerkschaftlichen Konferenz, an der auch die Deutschen teilnehmen, bereit zu erklären.

Die Landeszentralen von Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und möglicherweise auch die von England sollen bereit sein, an der Konferenz teilzunehmen. Ferner wird mitgeteilt, daß Legien die Tagung für sehr wichtig halte, da sie geeignet sei, die gewerkschaftliche Internationale wieder zusammenzubringen und gleichzeitig für die Verbreitung des Friedensgedankens unter den Arbeitern aller Länder zu wirken.

Wir begrüßen diesen Schritt, warnen aber vor allzu großen Hoffnungen, da noch nicht abzusehen ist, ob die Konferenz überhaupt stattfinden und ob

ein praktisches Ergebnis zeitigen wird. Im allgemeinen darf man nach wie vor zu ver- gewerkschaftlichen Internationale größeres Ver- trauen hegen als zu der sozialistischen Internati- nale: allein, man muß verlangen, daß die unsin- nigen Vorwürfe, welche gegen die deutschen Ge- werkschaften erhoben worden sind, nicht auf der Konferenz wiederkehren, sondern daß man all- seitig aufrichtig das Einwickende hervorkehrt.

H. Olesen, dem bisherigen Vorsitzenden unse- res dänischen Bruderverbandes, sind anlässlich seines Ausscheidens aus seinem Amte von den meisten Blättern der Buchbinderorganisationen anerkennende Worte gesagt und ihm die besten Wünsche in sein neues Amt als Bureauchef für den öffentlichen Arbeitsnachweis in Kopenhagen mit- gegeben worden.

Wir können uns dieser Anerkennung nur an- schließen und bestätigen, daß Olesen ein verständ- licher und gerecht urteilender Kollege war. Er hat eine Zeitlang in Deutschland gearbeitet und ist des Deutschen ziemlich mächtig, so daß man sich sehr gut mit ihm unterhalten und dabei sein reifes Urteil bewundern konnte. Olesen war nicht nur ein guter Gewerkschafter und Kollege, sondern auch ein freundlicher und liebenswürdiger Gesellschaf- ter, der sich gern zur Verfügung stellte, wenn er einem einen Dienst erweisen konnte. Möge er, soweit es sein Dienst zuläßt, noch lange seinen Rat der Kollegenschaft zur Verfügung stellen.

Rundschau.

Kriegstagung des Metallarbeiterverbandes. Zum zweiten Male während des Krieges hält der Metall- arbeiterverband (Ende Juni in Köln) seine General- versammlung ab. Die Einberufung derselben wird damit begründet, daß der Vorstand nicht das Recht besäße, sich seine Amtstätigkeit selbst zu verlängern, aber auch aus eigenem Antriebe habe er das Bedürf- nis, Rechenschaft über seine Tätigkeit abzulegen und mit den Vertretern der Mitglieder die etwa zu er- greifenden Maßnahmen zu beraten. Auch in Mit- gliedkreisen sei das Bedürfnis vorhanden, sich auf einer zentralen Versammlung untereinander und mit dem Vorstande über das Wirken des Verbandes während der Kriegszeit auszusprechen. Nachdem bereits eine Generalversammlung während des Krieges stattgefunden und sich dagegen auch nicht eine Stimme erhoben hätte, läge kein Grund vor, von dieser zweiten Kriegstagung Abstand zu nehmen. Das geistige Leben in der Organisation, welches die Grundlage für ihren weiteren Fortschritt bilde, werde durch die Generalversammlung wachgehalten und neu be- fruchtet.

Außer der Erledigung der ihr durch das Statut überwiesenen Funktionen soll die Generalversamm- lung Stellung nehmen zur Bedeutung der Staats- monopolie in der Eisen- und Metallindustrie. Verände- rungen im Statut vorzunehmen, rät die Verbands- leitung auch diesmal ab.

Kriegsausfall zum Verbandsbeitrag. Der Vor- stand des Gemeindearbeiterverbandes hat in Ueber- einstimmung mit dem Verbandsausfuss und unter einmütiger Billigung der Gauleiter, welche gelegent- lich der Gewerkschaftskonferenz zur Besprechung des Zivildienstgesetzes in Berlin versammelt waren, die Erhebung eines Extrabeitrages in Form eines Kriegsausfalles zum Verbandsbeitrag beschlossen, und zwar in Höhe von 10 Pf. ab 1. Juli d. J.

Er ist zu diesem Beschlusse gekommen, weil das Verbandsvermögen während des Krieges in der Hauptkasse um 210 000 Mk. und in den Erzfassen um 50 000 Mk. = 30 Proz. des Gesamtvermögens gesunken ist und eine weitere Abnahme vermieden werden mußte.

Wegen der Beitragsperre in den Gewerkschaften, wie sie im Braunschweiger „Volkstfreund“ vorge- schlagen wurde, erhoben sich selbst im Braunschweiger Gewerkschaftsblatt gewichtige Stimmen. Sogar der Redakteur des „Volkstfreund“ Wesemeyer erklärte, daß er über den Artikel von dem angeblichen Ber- liner Metallarbeiter A. A. für die Beitragsperre empört gewesen sei, da die Arbeiter ihre gewerkschaft- liche Organisation bitter unzulänglich hätten, besonders nach dem Kriege. Er sollte weiter seien an dem Artikel völlig unindulgent. Der „Grundstein“, dem wir diese Mitteilung aus dem „Volkstfreund“ ent- nehmen, wirft mit Recht die Frage auf: „Aber warum hat dann die Gesamtdirektion volle vier Wochen gewartet, bevor sie sich gegen die A. A.schen Vorschläge gewendet hat, nachdem diese gegen ihren Willen ver- öffentlicht waren und nachdem ein Teil der bestbe- zahlten Arbeiter bereits zu ihrer Verwirklichung schritt?“ Ganz unsere Meinung!

Ein Vereinstfall der „Leipziger Volkszeitung“ wird von der „Metallarbeiter-Zeitung“ festgestellt. Die „A. B.“ hatte geschrieben, daß beim Munitions- arbeiterstreik in Paris einige Gewerkschaftsführer

„nach ausländischem Muster“ eine üble Rolle zu spie- len scheiten. So geifere Latapie in der „Liberte“ gegen den Streik und fordere die Regierung auf, die Streikenden wie Deliquente zu behandeln. Wer mit dem „ausländischen Muster“ gemeint ist, kann man sich leicht denken. Dazu erhielt die „Metallarb.-Ztg.“ folgende Zuschrift eines Kollegen, der längere Zeit in Paris war:

„Die Zeitung „La Liberte“ ist seit langen Jah- ren schon eines der berüchtigten nationalistischen Heftblätter vom schlimmsten reaktionären Typus. Was dieses Blatt an gemeiner und niederträchtiger Verleumdung der Arbeiterbewegung in allen ihren Formen geleistet hat, dürfte kaum zu überbieten sein. Der Schriftleiter dieses laubenen Blattes, Herr Latapie, hat mit dem früheren Sekretär des franzö- sischen Metallarbeiterverbandes nichts als den Namen mit kollegialem Gruß P. Nieble.“

„Somit ist also,“ schreibt die „Metallarb.-Ztg.“, „der frühere französische Gewerkschaftsführer Latapie von dem Verdachte gereinigt. Die „Leipziger Volks- zeitung“ hätte sich natürlich auch nicht verhaltenmäßig leicht darüber vergewissern können, ob es sich wirklich um einen Gewerkschaftsführer handelte. Darauf kam es ihr aber nicht an. Für sie hieß es nur: Verleumde rühm, es bleibt immer einwas hängen!“

Ein anderer Metallarbeiter, der lange Zeit in Paris gearbeitet, schreibt in gleicher Weise an die „Metallarb.-Ztg.“: „Der Latapie der „Liberte“ ist ein Nationalist vom reinsten Wasser und langjähriger Chefredakteur dieses Chauvinistenblattes. Jaures hatte feinerzeit in der „Humanite“ öfters Ausein- anderetzungen mit besagtem Latapie. Wenn nicht anderswoher, so sollte doch die Leipzigerin aus jenen Polemiken wissen, daß der Latapie der „Liberte“ und der Latapie des Metallarbeiterverbandes zwei ganz verschiedene Personen sind, die durch Zufall nur den Namen gemein haben. Aber es ist durchaus möglich, daß die „Volkszeitung“ das weiß und nur aus dema- gogischen Gründen absichtlich die Leipziger Arbeiter über die ausländische Bewegung täuscht.“

„Nein, er erfüllt mir nicht, der neue Bürger- meißer!“ So ruft die „Deutsche Arbeiterzeitung“ angefaßt der verständigen Rede des bisherigen Ge- meindevorstehers von Bergedorf, des zukünftigen Bürgermeisters von Bankow Dr. Walli aus. Dr. Walli äußerte sich jüngst in der Bergedorfer Ge- meindevertretung dahingehend, daß ein ungerechtes Wahlgesetz die Massen erbittere und daß eine Aus- nahme gegenüber der Sozialdemokratie nach den Er- fahrungen des Weltkrieges nicht mehr angebracht sei. Er sagte unter anderem: „Die Arbeiterschaft hat in diesem Krieg ihre Pflicht dem Vaterlande gegen- über so treu erfüllt wie in keinem der uns feind- lichen Länder. Mein Stand kann sich rühmen, daß er treuer seine Pflicht dem Staate gegenüber erfüllt hat als die Arbeiterschaft. . . Das deutsche Volk, das hat diesen Krieg geehrt, kann nur existieren, wenn es einig ist.“ Er trat daher für die Gleichbe- rechtigung der Arbeiter ein, sie dürften von keinem Ehrenamte ausgeschlossen werden. Das entspräche nicht nur seinen Anschauungen, sondern auch denen der maßgebenden Behörden im Reich und in den Bundesstaaten.

Dagegen wendet sich nun in längeren Ausfüh- rungen unter der obigen Heberschrift die „Deutsche Arbeiterzeitung“ mit den alten Gründen, wie sie noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes und der ausnahmsgerichtlichen Bestrafungen gegen die Ar- beitererschaft überhaupt herrühren. Schmerzlich stellt sie fest, daß „tatsächlich“ auch in den maßgebenden Kreisen des Reichs und der Bundesstaaten“ sich solche Jertümer, wie sie Dr. Walli vorgetragen, vorfinden.

Wir schlagen der „Arbeiterzeitung“ vor, ihren Titel abzuändern und das Wort „Deutsche“ daraus zu streichen, denn ihre Haltung ist so undeutsch wie nur möglich. Sie kennt deutsche Interessen nur in- soweit, als die krassesten Unternehmerinteressen da- durch gedeckt werden. Von der Erkenntnis, daß in der Tat Deutschland nur existieren kann, wenn es gegenüber der übermächtigen Koalition seiner Feinde, die jüngst durch die Note an den Präsidenten Wilson ihre Ziele enthüllt haben, einig ist, fehlt ihr jede Spur.

Das Heim und die Auskunftsstelle des Bundes für Mutterhaus befinden sich Wilmersdorf bei Berlin, H. Landstraße 143. Die Auskunftsstelle erteilt Wählern und Schwängern in allen für sie wichtigen Fragen Rat und Hilfe. Sprechstunden sind täglich von 10-1 Uhr, außerdem Dienstag und Frei- tag von 7-9 Uhr abends.

Die Preissteigerung der Lebensunterhaltskosten in Skandinavien. Wie sehr durch den Krieg auch in neutralen Ländern die Lebensunterhaltskosten ge- stiegen sind, darüber entnehmen wir der „Bäder- und Konditorzeitung“ die folgenden Angaben.

Die erste Tabelle zeigt, wieviel eine Familie, die vor dem Kriege jährlich 2000 Kronen für ihre Haus-

haltung aufwenden konnte, in den zwei Kriegsjahren dafür bezahlen mußte.

	Stockholm im Juli			Kopenhagen im Juli			Kopenhagen im Juli		
	1914	1915	1916	1914	1915	1916	1914	1915	1916
Nahrungs- u. Genuss- mittel	990	1129	1265	935	1158	1374	965	1200	1400
Bekleidung	200	220	300	255	280	400	200	220	320
Brennstoffe u. Be- leuchtung	385	385	400	355	365	370	290	290	340
Wohnung (Miete)	100	100	100	105	147	217	95	124	190
Steuern, Vereins- und Versicherungs- ausgaben	185	195	195	125	125	125	170	170	170
Betriebskosten	200	200	200	225	253	317	250	250	354
Zusammen	2000	2315	2561	2000	2338	2811	2000	2370	2789

Steigerung in Prozenten:  
Stockholm Kopenhagen Kopenhagen  
1914 bis 1915 . . . . . 15,8 16,9 18,5  
1914 - 1916 . . . . . 28,1 40,9 39,5

Nehmen wir aber die Steigerung der Lebens- mittelpreise in den zwei Kriegsjahren für sich heraus und geben von der Grundzahl 100 aus, dann zeigt sich die Steigerung in der folgenden Weise:

	Schweden	Norwegen	Dänemark
Juli 1914 . . . . .	100	100	100
Juli 1915 . . . . .	128	129	141
Juli 1916 . . . . .	149	162	170

Die Steigerung der Lebensmittelpreise betragt also in Schweden 49 Proz., in Norwegen 62 Proz. und in Dänemark 70 Proz.

So haben sich die Verhältnisse für die arme Be- völkerung während des Krieges in Skandinavien ge- stellt. Leider ist das Verhältnis in Deutschland noch weit ungünstiger, was besonders unsere Unter- nehmer bei den Teuerungszulagen bedenken sollten.

Herr Vanderveelde schämt sich, „Nieder mit dem Kapitalismus!“ gerufen zu haben. Der belgische „sozialistische“ Minister und zugleich sonderbarer- weise immer noch Vorsitzender des Internationalen sozialistischen Bureaus hat auf dem letzten Welt- kongress der kriegswütigen französischen Sozialisten eine chauvinistische Rede gehalten, die selbst manchen Zuhörern zu weit ging und die deswegen ihm mehrmals zuriefen: „Nieder mit dem Kapitalismus!“ Vorbringen stimmte schließlich auch Herr Vanderveelde in diesen Ruf ein, weil er als Sozialist schließlich nicht gut anders konnte. Darauf wurde er von dem französischen Bourgeoisblatt „Temps“ während angegriffen und indirekt aus dem Organ des Herrlichen belgischen Ministerpräsi- denten v. Broqueville. Darauf gab Vanderveelde einem Ausrufer des letzteren Organs folgende in diesem veröffentliche Erklärung ab:

„Obwohl die Zeitungen zu dem Kongress nicht zugelassen waren, hat ein Blatt doch einen sehr schön redigierten Bericht darüber veröffentlicht. Freilich unterschreibt mir dieses Blatt in ein und demselben Atemzug eine Verwirrung, die nicht die meine war. Es läßt mich hinzusetzen: „Zurück! Nieder mit dem Kapitalismus und doch die Internationalen!“ — ein Ausruf, der in keinerlei Zusammenhang mit einer Rede stand, in der ich doch hauptsächlich den Burg- frieden verteidigte die Vereinigung aller für den Krieg gegen die Deutschen bis zum guten Ende. Nun befriedigte meine Rede offenbar nicht alle Anwesen- den, und ich konnte nur in einem gewissen Säem mit meiner Rede zu Ende kommen. Als ich sagte: „Es lebe Frankreich, England, Belgien, Serbien“ unterbrach mich eine Gruppe unaufrichtig mit den Worten: „Nieder mit dem Kapitalismus!“ — „Nun ja, sei's drum,“ antwortete ich, „Nieder mit dem Kapitalismus!“

Dies war also . . . eine Unterbrechung, die, um den Unterbrechenden Rechnung zu tragen, meine Rede emanterte, aber in keiner Weise zum wesent- lichen Zusammenhang dieser Rede gehörte.“

Zu der Tat, ein höchst merkwürdiger Vorstehen- der des Internationalen sozialistischen Bureaus, dieser Herr Vanderveelde, dessen vorgezeichnete Verpflich- tung es eigentlich wäre, für die schnelle Herbei- führung des Friedens zu wirken!

Die Abschaffung des Ausnahmegeretzes gegen die Arbeiter im Kantons Zürich aus der Zeit Wilhelm Weiffings. Mit der Annahme des Krankenversiche- rungsgesetzes vom 10. Dezember 1916 ist in aller Stille, ohne daß darüber noch ein besonderes Wort gesagt worden wäre, ein altes reaktionäres, arbeiter- feindliches Gesetz aufgehoben worden. Der § 28 des angenommenen neuen Gesetzes lautet:

„Das Polizeigesetz für Handwerksgehilfen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter, Tagelöhner und Dienst- boten vom 16. Dezember 1844 wird als aufgehoben erklärt.“

Dieses alte und nun endgültig aufgehobene Polizeigesetz enthält Bestimmungen über die Kranken- versicherung der angelernten-Proletarier, aber es war zugleich auch ein böswartiges Ausnahmegeretz gegen die Arbeiterschaft. Es enthält nämlich auch das

Sozialisationsverbot, mit dem sich drei Paragraphen beschäftigen. Sie lauten:

§ 20. Unterlagt sind alle Verbindungen von Gesellen, welche in der Absicht versucht oder vollenzogen werden, Zugehörnisse irgend einer Art zu erzwingen, den Behörden zu trotzen, die Rechte in ihren Rechten zu beeinträchtigen oder überhaupt unethische oder ordnungswidrige Zwecke zu erreichen.

§ 21. Der Statthalter des Bezirks ist ermächtigt, da, wo unerlaubte Verbindungen oder Verbindungen von Gesellen stattfinden, die Anführer oder Teilnehmer an solchen oder solche Gesellen, welche ihren Verhältnissen unangemessene Schulden machen, oder wiederholt durch unethisches Betragen Anstoß erregen, wenn sie kantonsfremd sind, aus dem Kanton und, insofern sie kantonsangehörige sind, aus einzelnen Gemeinden oder nötigenfalls aus dem Bezirke, innerhalb welcher sie nicht verhaftet sind, auszuweisen. — Er kann dieselben aber auch dem kompetenten Gerichte seines Bezirks zur Verhaftung überweisen.

§ 22. Im letzteren Falle sind die nach § 20 unterworfenen Verbindungen mit Gefängnis von 2 bis 14 Tagen zu bestrafen; insofern sie jedoch Trotz gegen die Behörden zum Zwecke oder bereits Störungen der öffentlichen Ordnung zur Folge gehabt haben, tritt Gefängnisstrafe von 8 Tagen bis auf 3 Monate ein. In beiden Fällen kann mit der Gefängnisstrafe auch Verweisung verbunden werden.

Das war ein gemeines Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterkassette des Kantons Zürich und sein Urheber war der berühmte Staatsrechtslehrer Dr. Müntchli, der als Universitätsprofessor in Heidelberg starb. Das Ausnahmegesetz war die ebenso feige wie gewaltige Frucht der Angst der um ihr Eigentum wie um ihre politische Herrschaft besorgten bestehenden Klassen, in die sie die kommunistische Agitation Wilhelm Weitlings verurteilt hatte. Weitling war deswegen zu zehn Monaten Gefängnis und zur Ausweisung aus dem Kanton Zürich verurteilt worden, so daß er dann nach London überfloh. Aber dieser politische Nachhall gegen den gefährlichsten kommunistischen Agitator genügte den Herrschenden nicht, es mußte auch die ganze Arbeiterklasse getroffen, sie mußte entrecht und so widerstandslos der Ausbeutung und Unterdrückung ausgeliefert werden.

Wie war es nur möglich, daß ein solches Gesetz solange in der freien Schweiz bestehen konnte?

Die stetig zunehmende Kriegsarbeit von Frauen steigert für sie die Lebensgefahr und für ihre Familien die Aussicht auf den Verlust der Ernährerin in hohem Grade. Das Unterehenerium übernimmt außer der kümmerlichen Lohnzahlung für die Arbeit der Lebenden die feierliche Verpflichtung für die Familie der im Betriebe tödlich Verunglückenden. Es sollte daher jede Frau, die unter den heutigen Verhältnissen in einen Betrieb eintritt, nicht veräumen, für sich ihr Leben bei der Volksfürsorge zu versichern.

um ihre Lieben beim Eintritt eines Unglücks vor dem größten Not im ersten Augenblick zu sichern.

So handelte die Wäfringe G. W., die bei der Leipziger Straßenbahn als Führerin eintrat. Sie versicherte am 15. März 1916 nach Tarif II bei einer Halbmonatsprämie von 1 Mk. eine spätestens nach 15 Jahren fällige Versicherungssumme von 200 Mk. Schon am 24. Januar 1917 verunglückte sie beim Rangieren; angeblich ist sie beim Aufspringen vom Trittbrett gerutscht und von dem in Bewegung befindlichen Wagen gegen einen Pfeiler geprégt worden. Infolge Lungenaquetschung und Gehirnerschütterung trat sofort der Tod ein. Da die Volksfürsorge bei Unfällen schon vor Ablauf des ersten Versicherungsjahres die volle Versicherungssumme auszahlt, erhielten die Angehörigen der so früh aus dem Leben gerissenen Arbeiterin alsbald 287 Mk. ausgezahlt. An Prämien waren 21 Mk. eingezahlt worden.

Ein Niederknienmal für unsere Krieger? In der Zeitschrift „Die Kriegsbeschädigtenfürsorge“ macht deren Schriftleiter, Amtsrichter Dr. Walter Gerth, darauf aufmerksam, daß nach Zeitungsnachrichten zur bleibenden Erinnerung an den Weltkrieg im Herzen Schlesiens auf der Spitze des zum Zobtengebirge gehörenden Engelberges ein riesenhaftes Denkmal, als ein Seitenstück zum Leipziger Völkerschlachtdenkmal, errichtet werden soll.

In welcher Weise die für ein solches Denkmal nötigen bedeutenden Mittel aufgebracht werden sollen, ist noch nicht mitgeteilt worden. Mit Recht bemerkt Dr. Gerth dazu: „An solche Pläne darf erst herantreten werden, wenn die schweren Schäden des Weltkrieges einigermaßen geheilt sind. Jedenfalls aber müssen während des Krieges alle zur Verfügung stehenden Mittel für die dringenden Aufgaben der Gegenwart, zu denen vor allem die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu rechnen ist, bereitgestellt werden.“

Wir pflichten dem durchaus bei, ja gehen noch einen Schritt weiter, indem wir der Meinung Ausdruck geben, daß auch nach Beendigung des Weltkrieges der Bau eines Denkmals aus Stein nicht unsere dringende Sorge sein darf, sondern vielmehr zu erwägen ist, ob wir nicht durch die weitgehendste Hilfe für die zahlreichen Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen unserer gefallenen Krieger und für die sonst durch den Krieg Geschädigten das schönste Niederknienmal für unsere Krieger errichten?

Schreiben schon jetzt die leeren Knopflöcher so sehr nach Befriedigung ihres Ehrgeizes, daß ihnen jede Rücksicht auf wichtigere Aufgaben verloren gegangen ist? Welches sind denn die Kreise, die in aller Stille den Plan ausgeheckt haben?

Adressenänderungen.

Dortmund. B. L. Brünning, Hubertusgasse 5. K. A. Münte, Mallindrobsfr. 246 III. Erfurt. B. A. Wähler, Pulowir. 11a. K. G. Schabbel, Nordstr. 10a.

Literarisches.

„Die Glode“, Nr. 46, enthält: Dr. P. Lenitz: Der Bruch mit Amerika. Ernst Weilmann: Verantwortung. August Winnig: Die schöne Sage. Wilhelm Janßen: Wirtschaftliches aus Russland. Heinrich Günow: Marx, Kautsky und der Balkanstaatenbund. A. Roefinger: Neuorientierung in der Sozialversicherung. Paul Barthel: Zur Gewerkschaftsgeschichte. Edgar Steiger: Karl Bücher. Glosien: Eine Bitte aus dem Felde. — Kirchliches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 19. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine englische Debatte über Kriegsziele. Von Ed. Bernstein. — Der imperialistische Krieg. Von A. Kautsky. — Die deutsche Sozialdemokratie in Lethargie. Von A. Danneberg (Wien). — Gemeinschaftsarbeit und Internationalität. Von K. K. — Literarische Rundschau: S. Vorauau, Die Arbeitsleistungen des Menschen. Von Ernst Meyer.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 3. Nummer erschienen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir folgende Beiträge:

Bilder: Der Faschismus und seine Stützen. — Im Gril. — Die Entente und der Frieden. — Der Herr der Welt. — Französische Karikatur aus dem Jahre 1870/71. Von Honoré Daumier. — Das Gänsefleisch von früher und heute. — Aus der amerikanischen Geschäftswelt.

Text: Der Friedensstag. Von A. T. — Treponis Klage. Von Sulla. — Feldpostbrief des Garde-Grenadiers August Sage jun. — Nächster Kampf. Von Lehmann. — Lieber Jacob! Von Jottbilf Naute. Toter Rajshing. Von E. — „Dem deutschen Volke.“ Von Ernst Freygang. — Einer der die Zeit versteht. Von Karl Pröger. — Neuorientierung. Von Van. — Die Gänsemutter. Von Pec. — Agrarisches Duett. — Der Hiesentater. — Der „Heilige“. — Jata Kor-gana. Von A. T. — Neues Wort.

Ehren-Kreuz Tafel für unsere im Kampf fürs Vaterland gefallenen Kollegen.

Berliner Mitglieder.

Im Felde oder in den Lazaretten starben noch folgende Kollegen:

- Karl Klappenbach, geb. 13. 7. 1878 in Seppau, Kr. Glogau, gefallen im Oktober 1914. Max Häbner, geb. 4. 9. 1898 in Schöneberg, gefallen im Mai 1915. Hermann Münde, geb. 28. 3. 1892 in Berlin, am 17. 11. 1915 gefallen. August Pfeiff, geb. 5. 8. 1893 in Berlin, gefallen am 13. 2. 1916. Paul Werner, geb. 2. 8. 1874 in Guben, am 24. 3. 1916 in russischer Gefangenschaft verstorben. Czar Lichtenthal, geb. 1. 1. 1879 in Eßleg-Slabonten, am 12. 5. 1916 im Lazarett verstorben. Erich Wählich, geb. 8. 6. 1893 in Berlin, am 12. 9. 1916 gefallen. Wilhelm Sawisch, geb. 30. 7. 1890 in Burg bei Magdeburg, am 29. 9. 1916 gefallen. Ludwig Peinz, geb. 2. 12. 1873 in Gr. Gerar, im Oktober 1916 gefallen. Paul Ockernahl, geb. am 4. 3. 1888 in Berlin, am 3. 10. 1916 gefallen. Emil Krause, geb. 12. 2. 1878 in Berlin, am 13. 10. 1916 gefallen. Otto Schwarz, geb. 25. 2. 1895 in Berlin, am 13. 10. 1916 gefallen. Heinrich Sieber, geb. 17. 1. 1887 in Schlei, am 30. 10. 1916 gefallen. Paul Kühn, geb. 30. 12. 1887 in Berlin, am 13. 11. 1916 gefallen. Frh. Noack, geb. 8. 1. 1897 in Berlin, am 14. 11. 1916 gefallen. Ernst Fertig, geb. 15. 5. 1877 in Berlin, am 23. 11. 1916 gefallen. Franz Görner, geb. 1. 7. 1883 in Oberleutensdorf i. Böhmen, am 26. 11. 1916 im Lazarett verstorben.

Den Opfern der Kämpfe um den Frieden Deutschlands ein ehrendes Andenken!

Anzeigen

Großbuchbinderei Frische A.-G., Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 30 sucht sofort, auch von außerhalb, tüchtige Handfalzerinnen für dauernde lohnende Beschäftigung. Akkordlohn mit 20 Proz. Feuerungszuschlag.

Der zersiehene Schuhwerk, Lederstulpen, Schürrenen, Kleinen, Zett- und Wagnenbeden, etc. u. vieles andere selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich Nähähle „Stepperin“ Sie näht spielend den Steppstich wie Maschine und lohnt sich in ganz kurzer Zeit im Hausstall wie bei Handarbeit. Garantie für Brauchbarkeit. Zahlreiche Anzeigen und Nachbestellungen. Preis 2,50 Mk. mit Iort. Nädeln gegen Verleumdung oder Nachnahme durch: General-Vertreter Chr. Schopper, :: Stuttgart I, Schwabstraße 67 ::

Bindfaden Biersab für Post- und Bahnversand kg. von 3.— M. an. Probe 5 kg. gegen Nachnahme. Willy Rendsburg, Kiel 26. Vertreter gesucht.

Flüssigen Kalkleim von hervorragender Klebkraft lieferbar an Selbstverbraucher A. Lorenz & Co., Stuttgart.

Gesucht eine gut erhaltene Buchbinder-Beschneide-Maschine Messerlänge ca. 1,20 m. Heymann & Schmidt, Schönhauser Allee 164.

Anzeigen in der Buchbinder-Zeitung (Ausgabe am 10. Februar 1917: 22 300, vor dem Kriege über 85 000) finden die weiteste Verbreitung.